

Überwindung oder Zementierung?

Italien und seine Parteien nach den Wahlen vom 21. April

In überraschend kurzer Zeit kam es in Italien nach den Parlamentswahlen Ende April zur Regierungsbildung unter Romano Prodi. Die neue Koalition bedeutet den ersten demokratischen Machtwechsel in Italien seit Beginn der Republik. Die Regierung Prodi hat durchaus Chancen, mehr Stabilität im Land zu befördern und damit Italien in Europa zu einem kalkulierbaren Partner zu machen.

In den ersten Junitagen gedachte Italien der Ausrufung der Republik vor fünfzig Jahren. In einem Referendum am 2. Juni 1946 hatten sich eine knappe, aber doch deutliche Mehrheit der Italiener (12,7 gegen 10,7 Millionen) gegen das durch den Faschismus kompromittierte Haus Savoyen und für die Einführung der Republik ausgesprochen. Das Jubiläum wurde in Rom ohne Pomp, aber mit der in romanischen Ländern üblichen Zelebration staatlichen Selbstbewußtseins begangen.

Staatspräsident *Oscar Luigi Scalfaro*, der in den letzten Jahren der vielen Provisorien als nicht selten angefeindeter Hort der Kontinuität immer wieder mehr im Mittelpunkt des Geschehens stand, als ihm von der Verfassung eigentlich zugedacht ist, sprach dabei in bezug auf die Vergangenheit überaus versöhnlich, in bezug auf die Gegenwart betont beruhigend und prognostizierte vor den versammelten Diplomaten für künftige Zeiten „mehr Stabilität“. Italien sei nach den Parlamentswahlen vom 21. April und deren klarem Ergebnis auf dem Weg zur Normalisierung.

Vor den Senatoren und Abgeordneten brachte das Staatsoberhaupt sehr nachdrücklich den Artikel 5 der italienischen Verfassung in Erinnerung, nach dem die italienische Republik „eine und unteilbar“ ist. Und obendrein machte Scalfaro noch ein von den politischen Akteuren und Kommentatoren uneinheitlich aufgenommenes freundliches Angebot an das Haus Savoyen mit der Aufforderung an den Gesetzgeber, das seit der Ausrufung der Republik geltende Aufenthaltsverbot für die Mitglieder der ehemaligen königlichen Familie, deren Nachkommen heute in Genf leben, demnächst rückgängig zu machen.

Der Gedenkakt und die ebenso bestimmten wie Zuversicht demonstrierenden Worte des Staatspräsidenten hätten kaum Aufmerksamkeit über die Grenzen Italiens hinaus gefunden, wären da nicht der spezielle Zeitpunkt und die besonderen Begleitumstände des Republikjubiläums gewesen. Das Land stand zum einen noch unter der unmittelbaren Wirkung der Ergebnisse der Wahlen vom 21. April. Die neue, zum ersten Mal von der exkommunistischen Linken im Bündnis mit ehemaligen Christdemokraten und Parteien der bürgerlichen Mitte gestützte Regierung war gerade erst zwei Wochen im Amt. Zum anderen desavouierten die seit ihrem respektablen Wahlergebnis vom 21. April (10,4 Prozent in der Abgeordnetenkammer, 10,1 Prozent im Senat) sich entschieden sezessionistisch gebenden Gefolgsleute *Umberto Bossis*,

des populistischen Anführers der *Legha Nord*, die römischen Feiern und veranstalteten im lombardischen Pontida, der inzwischen bereits legendären Bekenntnishochburg der Lega, ihr eigenes Politikspektakel, bei dem Bossi „seine“ Minister auf die Republik Padanien, auf ein vom Rest des Landes politisch und wirtschaftlich unabhängiges Norditalien schwören ließ, auf einen selbständigen Staat „mit eigenem Parlament, eigenen Steuern und eigener Währung“.

Übergangsphase mit noch vielen Unbekannten

Dem demonstrativen Optimismus in Erwartung stabilerer Verhältnisse und der Mahnung, die politische Einheit Italiens nicht aufs Spiel zu setzen, die sich manche Kommentatoren angesichts der Sezessionspolitik der Lega noch um einiges schärfer gewünscht hatten, kam also durchaus aktuelle Bedeutung zu. Wie steht es aber um die in Aussicht gestellte größere politische Stabilität und Normalität?

Seit dem Ende der *Christdemokraten* als führender politischer Kraft des Landes und dem Verschwinden ihres hauptsächlichsten Koalitionspartners seit den sechziger Jahren, der *Sozialisten*, von der politischen Bühne nach Aufdeckung der beide Parteien existenziell, wenn auch unterschiedlich betreffenden Bestechungsskandale, befindet sich Italien in einer sich hinziehenden noch mit vielen Unbekannten besetzten *Übergangsphase*, deren Ausgang bzw. Ende bislang kaum abzusehen war.

Den ersten Stoß versetzte die *Legha* bei den Parlamentswahlen von 1992 (vgl. HK, Mai 1992, 211 f.). Sie brachte damals schon die DC landesweit unter 30 Prozent und wurde zumindest im Norden für die Christdemokraten und deren sozialdemokratische wie bürgerliche Koalitionspartner zu einem ernstzunehmenden Gegner. Die DC als Mehrheitspartei abzulösen, auch nur im Norden, stand indessen nie in den Möglichkeiten der Leute um Umberto Bossi, die ihren Rückhalt in der Bevölkerung nur als konsequente Protestpartei gegen die behauptete „Ausraubung“ des Nordens durch den zurückgebliebenen italienischen Süden behaupten können.

Nach der faktischen Auflösung des Nachkriegsparteiensystems im Zuge der Antikorruptionskampagne durch die Aktion „Mani pulite“ und nach der Änderung des Wahlrechts durch die Referenden von 1993 (vgl. HK, Juni 1993, 284 ff.)

stieß im Frühjahr 1994 der Großunternehmer *Silvio Berlusconi* mit seiner Bewegung „Forza Italia“ unter voller Ausnutzung seiner Medienmacht und seines Images als eines der erfolgreichsten Unternehmer des Landes in das Vakuum, das durch den politischen Bankrott der DC und der Sozialisten *Bettino Craxis* entstanden war. Berlusconi gewann im Bündnis mit den von ihm selbst hoffähig gemachten Ex-, Neu- und Postfaschisten und der Lega Bossis die Märzwahl 1994 (vgl. HK, Juni 1994, 221 f.) aus dem Stand – gegen eine hauptsächlich von dem postkommunistischen PDS gestellten Linken, der damals noch zu keiner mehrheitsfähigen Koalition fand und auf sich gestellt noch zu sehr gegen den Ruch seiner kommunistischen Vergangenheit zu kämpfen hatte und dem in Gestalt der Altkommunisten der *Rifondazione Comunista*, die den Weg der *Occhettos*, *D'Alemas* und *Veltronis* zu einem marktwirtschaftlich orientierten demokratischen Sozialismus westlicher Prägung nicht mitmachten, eine ernstzunehmende Konkurrenz entstand.

Aber das Experiment Berlusconi hielt nicht einmal ein Jahr. Bossi, mit seiner Lega von Anfang an voller Polemik gegen Berlusconi als Regierungschef und Anführer der Mitte-Rechts-Koalition, tanzte aus der Reihe. Damit war die parlamentarische Mehrheit für die Wahlgewinner dahin. Mit dem Verlust der Macht verlor sich auch der Nimbus des Unbesiegbaren, dies um so mehr, als ausgerechnet der Haushaltsminister der Berlusconi-Koalition, *Lamberto Dini*, das Erbe Berlusconis antrat und im wesentlichen gestützt auf die Parteien der linken Mitte und der Linken ein Kabinett der Fachleute anführte. Es machte nach innen durch seine Sparpolitik eine gute Figur und gewann nach außen durch die Person des Ministerpräsidenten, des ehemaligen Generalgouverneurs der Nationalbank, hohes Ansehen, auch wenn das Kabinett Dini, entstanden aus einer parlamentarischen Schiefelage, nicht von Dauer sein konnte.

Prodis harter Weg nach gutem Start

Im Februar 1995, wenige Wochen vor den Regionalwahlen und nachdem die ursprüngliche Dreierkoalition Berlusconis endgültig zerfallen war, folgte ein drittes Experiment, diesmal unter dem Titel „Mitte-Links“. Der Bologneser Wirtschaftsprofessor und seinerzeitige langjährige Chef des Staatskonzerns IRI, *Romano Prodi*, meldete mit dem Slogan „L'Italia che vogliamo“, „das Italien, das wir wollen“, seine Kandidatur als Ministerpräsident einer künftigen Mitte-Links-Koalition an und bewirkte als erstes die endgültige Spaltung der ohnehin schon weit geschrumpften Nachfolgerin der DC, der *Popolari*-Partei, zwischen den Anhängern ihres damaligen, zu Berlusconi und den Neofaschisten *Gianfranco Finis* geschwenkten Generalsekretärs *Rocco Buttiglione* und den Befürworter der Kandidatur Prodis unter *Gerardo Bianco* (vgl. HK, März 1995, 118 und April 1995, 167 ff.).

Würde auch dieser dritte Versuch einer Neuformation mit

dem Ehrgeiz zur Mehrheitsbildung Episode bleiben und sich innerhalb weniger Jahre verlieren, schlimmstenfalls die italienische Parteienlandschaft um eine weitere Splittervariation bereichern, bestenfalls eine wenig aussichtsreiche Koalition aus sozialdemokratisierten Postkommunisten und „katholischen“ Resten aus den alten DC-Zeiten eine neue Gallionsfigur bescheren, oder würde am Ende gegen alle Erwartungen doch eine neue regierungsfähige Mehrheit stehen?

Der Start war besser als erwartet. Prodi erwies sich als eine von Anfang an ernstzunehmende Kandidatur; sein Ansehen als Wirtschaftsfachmann war beträchtlich; den Mangel an Popularität gegenüber dem Medienstar Berlusconi versuchte Prodi durch einfache, volksnahe Werbemethoden zu konterkarieren. Der Bus, in dem der neue Kandidat mit einer kleinen Crew von Getreuen das ganze Land bereiste, um so mit den Bürgern in Nord und Süd ins Gespräch zu kommen, wurde bereits früh zu einem gelegentlich belächelten, aber mehr noch bewunderten Wahlkampfmythos.

Viele Kommentatoren beeindruckte die Tatsache, daß in der Gestalt des Bologneser Wirtschaftsprofessors dem Mitte-Links-Bündnis eine dem bürgerlichen Italien vermittelbare Führungsfigur zuteil wurde, deren christlich-demokratische Wurzeln nicht zu leugnen waren, dessen Vergangenheit – er war nur einmal unter *Giulio Andreotti* kurzzeitig Industrie-minister – in keiner Weise belastet war.

Man sah im Experiment Prodi eine (möglicherweise) entscheidende Etappe auf dem Weg zu einer endlich erreichbaren „democrazia compiuta“, einer vollständigen Demokratie, die durch die bislang schier unauflösbar scheinende italienische Nachkriegssonderkonstellation – hier die regierende DC mit ihren bürgerlichen und sozialistischen Verbündeten, dort die starke kommunistische Partei – insoweit verwehrt wurde, als zu einer vollfunktionierenden parlamentarischen Demokratie der stets mögliche Wechsel von der Opposition in die Regierung und umgekehrt von der Regierung in die Opposition gehört. Durch die Kandidatur Prodi eröffnete sich zumindest *die Möglichkeit* künftiger alternativer Mehrheiten. Der Rechten entstand so ein äquivalentes Gegengewicht.

Das Emblem der Prodi-Bewegung, der Ulivo, der Ölbaum, war geschickt gewählt: Es strahlte Versöhnlichkeit aus, war geeignet, bürgerlichen Wählern den Schrecken vor den ehemaligen Kommunisten zu nehmen und symbolisierte gegenüber den „neoliberalen“ Verfechtern einer „wilden“ Marktwirtschaft soziale Verantwortung. Zudem gab es im April 1995, als die Ulivo-Bewegung noch gar nicht richtig gestartet war, einen Überraschungserfolg für die Mitte-Links-Parteien. Bei den Regionalwahlen 1995 gewannen die Postkommunisten im Bündnis mit den *Bianco*-*Popolari* in neun von fünfzehn Regionen, in denen gewählt wurde, die Mehrheit.

Der Weg freilich vom Frühjahr 1995 zu den Parlamentswahlen vom 21. April war für das Mitte-Links-Bündnis mehr als holprig und speziell für den Ulivo-Spitzenkandidaten Prodi besonders steinig. Die Siegesaussichten waren angesichts des

lange unsicheren Wahltermins mehr als fraglich, die angestrebte Koalition bei allem Willen, künftig eine rechte Mehrheit zu verhindern, ein Bündnis von sehr ungleichen Partnern mit teilweise gegensätzlichen Strategien. Zusammengehalten wurde sie nur auf der einen Seite durch die Tatsache, daß der PDS, die demokratische Linke, als Partei ehemaliger Kommunisten, eine Mehrheit ohne einen zugkräftigen bürgerlichen Partner an der Spitze der Bewegung nie würde gewinnen können, auf der anderen Seite durch die unumstößliche Einsicht, daß der Ulivo gegen die „neue“ Rechte nur eine Chance hatte, wenn er sich voll auf den postkommunistischen PDS stützen konnte.

Die Unterstützung selbst Prodi nahestehender Kreise aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung kam nur sehr zögerlich. Zeitweise erschien der neue Kandidat wie ein General ohne Truppe. Schlaglichtartig sichtbar wurde die prekäre Situation des neuen Spitzenkandidaten, als nach dem durch das parlamentarische Patt vom Jahresende 1995 erzwungenen Rücktritt des Kabinetts Dini, um Neuwahlen zu vermeiden, der Versuch unternommen wurde, unter dem jetzigen Post- und Telekommunikationsminister *Antonio Maccanico* in Absprache zwischen Berlusconi und PDS-Chef *Massimo D'Alema* ein die politischen Lager übergreifendes Kabinett zu bilden und dieses mit einem Programm institutioneller Reformen (nochmalige Änderung des Wahlrechts, Ansätze für ein Präsidialsystem) zu verbinden.

D'Alema ließ sich sehr gezielt auf dieses Experiment und den damit verbundenen Deal mit dem „Freiheitspol“ Berlusconi ein, in der Absicht, Neuwahlen möglichst lange hinauszuschieben. Wäre der damalige Versuch geglückt, hätte das wohl eine stufenweise Erledigung der Kandidatur Prodi und der Ulivo-Bewegung bedeutet. Daß heute Prodi Ministerpräsident ist, verdankt er ironischerweise der damaligen Kompromißlosigkeit des Chefs der postfaschistischen *Alleanza Nazionale*, *Gianfranco Fini*, der sich die Chance ausrechnete, Berlusconi als ersten Mann im Bündnis der Rechten zu überholen, und mit seinem entschiedenen Widerstand gegen die Kompromißlinie Berlusconi-D'Alema Neuwahlen praktisch erzwang. Erst als der Wahltermin feststand, konnte sich der jetzige Ministerpräsident als Spitzenkandidat der Mitte-Linke-Parteien unwidersprochen behaupten und seine Bündnispartner hinter sich bringen.

Klarere Verhältnisse, aber sanfter Übergang

Der Wahlausgang war indes nicht so spektakulär, wie er sich in der politischen Optik ausnahm. Es herrschte bis zuletzt große Unsicherheit, ob die Wahl überhaupt zu einer regierungsfähigen Mehrheit führen oder nicht vielmehr in einem neuen Patt von Rechts und Links enden würde. Wenn das „Wallstreet Journal“ noch am Tag vor der Wahl feststellte, die Wahl werde sich für das Land schlicht als überflüssig erweisen, so war das nicht die Arglosigkeit eines unbedarften amerikanischen Korrespondenten, sondern noch am Wahl-

tag eine verbreitete Meinung in Italien selbst. Diese fußte allerdings auf einer an der Wahl 1994 ausgerichteten Überschätzung der Wirkung der Medienauftritte der Spitzenkandidaten auf das Verhalten der Wähler. Seine hoffnungslose mediale Unterlegenheit gegenüber Berlusconi konnte Prodi weitgehend durch Bonhomie und Sachlichkeit ausgleichen, während Berlusconi nicht zuletzt zum Opfer seiner eigenen Versprechungen (massiven steuerlichen Entlastungen der Unternehmen, zwei Millionen neue Arbeitsplätze) geworden war.

Das Ergebnis der Wahl selbst war so überraschend nicht wie vielfach dargestellt. Der Freiheitspol unter Berlusconi hatte zwar mit Hilfe der Lega die Wahl 1994 eindeutig gewonnen, aber seit der Einführung der Direktwahl der Bürgermeister 1991 werden die Großstädte Italiens von Nord bis Süd (mit Ausnahme von Mailand) ganz überwiegend von linksbürgerlichen oder exkommunistischen Stadtoberhäuptern regiert und die Regionen und Provinzen, seit Einführung des Mehrheitswahlrechts, mehrheitlich ebenfalls. Die jüngsten Teilkommunalwahlen vom 9. Juni bestätigen wenigstens für Norditalien übrigens diesen Trend.

Das neue Regierungsbündnis ist also vor Ort, wenn auch nach Landesteilen sehr unterschiedlich, gut verankert. Zum anderen haben die Mitte-Links-Parteien ihre Position gegenüber der Rechten im Verhältnis zu 1994 kaum verbessert. Numerisch hatten die Mitte-Links-Parteien 1994 sogar ein leichtes Übergewicht gegenüber der Rechtskoalition. Zwar distanzierte jetzt die Mitte-Links-Koalition mit 41,2 Prozent der Stimmen den Freiheitspol (mit 37,3 Prozent) bei der Senatswahl deutlich. Indessen blieben die Mitte-Links-Parteien bei dem Viertel der Kammersitze, die nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt werden (auch unter Einschluß der *Rifondazione Comunista*), mit 43,3 Prozent leicht hinter dem Ergebnis der Rechts-Parteien – ohne Lega (44 Prozent) zurück. Anders sieht es freilich auch bei der Abgeordnetenkammerwahl bei den 75 Prozent der Sitze aus, die nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt werden: Ulivo-Rifondazione 45,4 Prozent, Freiheitspol 40,7 Prozent. Den Sieg errangen also nicht die Parteien der Linken, er verdankt sich vielmehr der Strategie des Ulivo in Verbindung mit dem Mehrheitswahlrecht. Die Wahl vom 21. April signalisiert aber auch insoweit einen „sanften Übergang“ (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 23.4.1996), als bereits das Kabinett Dini von der Linken gestützt wurde.

Wenn in der mit der jetzigen Mitte-Links-Regierung sympathisierenden Presse dennoch vom „neuen Italien“ die Rede war, das jetzt wachse (erster Kommentar von „la repubblica“ vom 22.4.1996), und Romano Prodi selbst in einem späteren Interview mit dem katholischen „il regno“ (15.6.1996) den Neubeginn unter seiner Führung gegen seine sonstigen Gewohnheiten etwas vollmundig als „drittes *resorgimento*“ (nach der Einigung Italiens 1870 und nach der Wiederbegründung des demokratischen Verfassungsstaates nach dem Ende des Faschismus) bezeichnete, dann ist das auf das mit der Wahlentscheidung vom 21. April für

die meisten Italiener verbundene Neuheitserlebnis zurückzuführen: Zum ersten Mal regiert eine Formation der linken Mitte mit einer demokratisch geläuterten Linken als entscheidendem Faktor; zum ersten Mal ist ein demokratischer Machtwechsel durch Wahlen gelungen und damit ein Stück europäischer Normalität wenigstens im Ansatz erreicht: Eine vom Wähler gewollte eindeutige Mehrheit regiert, die in Minderheit gebliebene rechte „Koalition“ stellt die Opposition.

Weitere damit verbundene für Italien neue Aspekte: Mit dem Ausgang der Wahl vom 21. April stand zum ersten Mal seit De Gasperi auch schon der künftige Ministerpräsident fest. Niemand stellte zwischen Wahl und Regierungsbildung den Anspruch Prodis auf das höchste Regierungsamt in Frage. Und die Regierung kam ohne nennenswerte Friktionen und in einem für Italien geradezu unheimlichen Tempo: Am Himmelfahrtstag, in Italien kein Feiertag, erfolgte nach Einhaltung der von der Verfassung vorgesehenen Fristen und Konsultationen der Auftrag zur Regierungsbildung durch Staatspräsident Scalfaro; tags darauf schon konnte Prodi sein Kabinett vorstellen; wer ihm angehören würde, stand, von wenigen Ausnahmen abgesehen, allerdings schon seit der ersten Nachwahlwoche so gut wie fest.

Es ist also tatsächlich einiges neu an den neuen italienischen Verhältnissen. Und wenn von den Anhängern der neuen Regierung allzu sehr das missionarische Pathos herausgestellt wird, dann auch aus dem (nicht ganz falschen) Bewußtsein, daß mit dem Sieg der Mitte-Links-Formation Italien ein Regime von zweifelhafter demokratischer Methodik erspart wurde, das das Land weniger nach den Regeln einer parlamentarischen Demokratie als nach außen populistisch und nach innen nach Art eines Konzerns („stato azienda“) zu führen gedachte.

Was wird vom „Neuen“ wie lange bleiben?

Die neue Formation ist nur schwer auszuhebeln. Der Ulivo verfügt zwar nur im Senat mit 157 von 315 Sitzen plus einigen Anhängern unter den Senatoren auf Lebenszeit über eine knappe, aber ausreichende eigenständige Mehrheit; in der Abgeordnetenkammer ist er mit 284 von 630 Sitzen auf die 35 Abgeordneten der *Rifondazione Comunista* angewiesen, mit der zu Wahlzwecken ein „patto di desistenza“, eine Art Nichtangriffspakt (einige sichere Wahlkreise für Rifondazione; keine Doppelkandidatur; die eine Seite wählte jeweils den Kandidaten der anderen Seite mit), geschlossen worden war. Dies ist eine hohe Hypothek: Programmatisch verhalten sich die soziale Marktwirtschaft Prodis und die noch klassenkämpferische Orientierung von Rifondazione wie Feuer und Wasser zueinander. Zu Friktionen dürfte es schon beim nächsten Nachtragshaushalt und bei den ersten Privatisierungsprojekten staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen kommen.

Andererseits werden auch die Altkommunisten die erste von

der Linken getragene Regierung Italiens nicht so schnell zu Fall bringen wollen. Und man darf nicht übersehen, daß der Freiheitspol unter der Führung von Berlusconi und Fini selbst zusammen mit der Lega auch in der Abgeordnetenkammer keine Mehrheit zustande brächte. Diese gäbe es numerisch nur für eine Gegenkoalition des Freiheitspols im Zusammenspiel mit den Altkommunisten – trotz aller nach wie vor bestehenden Neigungen zu politischen Händeln zwischen allen Formationen sicher kein sehr wahrscheinlicher Fall.

Sodann: der bipolarismo, die Zweipoligkeit von Mitte-Rechts und Mitte-Links, damit die ersehnte „democrazia compiuta“ dürfte an Konsistenz gewinnen. Es ist zwar noch lange nicht entschieden, wer in den beiden Formationen das Übergewicht behält, die Moderaten oder die jeweils Radikaleren. Das jetzige Kabinett ist allerdings vor allem in den Schlüsselressorts *durchaus bürgerlich geprägt* und trotz der neuen PDS-Minister keine kryptokommunistische Mannschaft. Dies kann sich ändern, wie auch auf der rechten Seite die Ex- und Neofaschisten an Einfluß gewinnen können. Aber von der Wiederherstellung der alten DC-bestimmten Mitte träumen nur noch wenige bürgerliche Wähler und kirchliche Kreise bis hinauf in die Spitzen der Hierarchie, die den Verlust der „politischen Einheit der Katholiken“ durch den Untergang der DC noch nicht verschmerzen können.

Die Mitte-Links-Koalition und die Chancen Romano Prodis

Hinzu kommt: der jetzt in die Opposition verwiesene Freiheitspol wirkt zwar seit dem Ausscheiden der Lega um einiges homogener: aber er hat genauso wie die kleinen, aus der DC hervorgegangenen Parteien in der linken und rechten Mitte ein ungelöstes Führungsproblem. Es bleibt die Rivalität zwischen Berlusconi und Fini, die durch die Wahl beide verloren haben. Berlusconi ist als Oppositionsführer ebenso umstritten wie von seinem Naturell als Erfolgsmensch her dafür wenig geeignet. Zudem hängt ihm noch der ungewisse Ausgang von mit seinen Unternehmen zusammenhängenden Gerichtsverfahren an. Gegenüber der Opposition verfügt die Mitte-Links-Koalition, wenn schon nicht über ein geschlosseneres Programm, so doch über politisch wie wirtschaftlich überzeugendere Persönlichkeiten. Die Regierung Prodi mit den ehemaligen Ministerpräsidenten *Ciampi* als Haushalts- und Schatzminister und *Dini* als Außenminister und dem früheren Starstaatsanwalt und Auslöser der Aktion *Mani pulite*, *Di Pietro*, als Minister für öffentliche Arbeiten und dem neuen Justizminister *Flick* gilt als Top-Kabinett. Und nicht zuletzt verfügt die Mitte-Links-Koalition insgesamt gesehen über mehr politische Glaubwürdigkeit als die Rechte.

Will man die Chancen auf Beständigkeit auf Dauer der neuen Konstellation beurteilen, muß man allerdings zwischen dem Mitte-Links-Bündnis, dem Projekt Ulivo und

dem möglichen Schicksal Prodis unterscheiden. Die Blöcke dürften für absehbare Zukunft ziemlich haltbar sein, jedenfalls solange Berlusconi in der Opposition eine führende Rolle spielt. Es wird immer wieder Versuche geben – es gab Anzeichen dafür bereits in den ersten Wochen nach der Wahl –, von beiden Seiten des Spektrums her die Mitte zu erweitern – *Lamberto Dini* werden solche Versuche zugeschrieben –, aber Koalitionswechsel, ein Umsturz der Kräfteverhältnisse, wie nach 1994 durch den Rückzug der Lega aus der Berlusconi-Koalition, ist unter den neuen Bedingungen nicht zu erwarten. Die Lega ihrerseits hat sich durch ihren Alleingang bei der Wahl trotz des guten Ergebnisses als gestaltende politische Kraft ausmanövriert und wird auch künftig nur als Protestpartei reüssieren können.

Es sind aber nach wie vor *gegenläufige Strategien* im Ulivo selbst am Werk. Sie reichen hinein in den PDS, spielen aber vor allem zwischen Prodi und PDS-Chef D'Alema eine Rolle. Es geht um die Frage, ob der Ulivo unter Prodi zu einer die Linke mit der Mitte einigenden Bewegung über die jetzt erfolgreiche Wahlkoalition hinaus wird oder ob vom PDS unter sozialdemokratisch-sozialistischen Vorzeichen die Verhältnisse neu aufgerollt werden. Als weitaus stärkste Kraft der Regierungskoalition und derzeit stärkste Partei Italiens wird sich der PDS unter D'Alema kaum zu bürgerlich-sozialdemokratischen Verschmelzungen bereitfinden, wiewohl es Anhänger einer solchen Verschmelzung z. B. in der Person des jetzigen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Kulturministers, *Walter Veltroni*, auch im PDS gibt. Dieser muß auch darauf achten, daß ihm durch eine noch weitere Annäherung an die bürgerliche Mitte in den Altkommunisten nicht eine noch gefährlicher werdende Konkurrenz erwächst. D'Alema selbst hat sich gegen eine solche Strategie und ohne viel Rücksicht auf Prodi und seine Unterstützungskomitees deutlich geäußert: Der Ulivo sei „nur ein Container“, der PDS darin „die zentrale Kraft“ (vgl. *Corriere della Sera*, 4.6.1996).

Die unterschiedlichen Strategien finden ihren Ausdruck auch in unterschiedlichen Konzepten für die sogenannten *institutionellen Reformen* (Regierungssystem, Wahlrecht, Föderalismus). Prodi steht für eine deutliche Stärkung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften; hier zieht der PDS vor allem in seinen lokalen Vertretern (Bürgermeistern) weitgehend mit. Anders sieht es bei den Plänen zur Reform des Regierungssystems aus. Der PDS neigt mehrheitlich zu einer Annäherung an das System der französischen Fünften Republik mit der Konzentration politischer Entscheidungsmacht bei einem vom Volk gewählten Staatspräsidenten. Prodi erklärt zwar die institutionellen Reformen, soweit sie verfassungsändernder Natur sind, zur Aufgabe nicht der Regierung, sondern des Parlaments, gilt aber als entschiedener Anhänger des deutschen Modells: Stärkung der Stellung des Ministerpräsidenten nach Art der Richtlinienkompetenz des deutschen Bundeskanzlers in Verbindung mit einem föderal ausgerichteten Zweikammersystem („Regionenkammer“ an Stelle des Senats).

Mit der Option für ein Präsidialsystem nach französischem Muster nähert sich D'Alema Positionen von Fini und Berlusconi an; die Position Prodis dagegen erscheint kaum mehrheitsfähig. Neben dem Projekt der institutionellen Reformen könnten die zu erwartenden Schwierigkeiten bei der *Haushaltspolitik* – Prodi setzt auf die europäische Karte und ist entschlossen, das Land binnen eines Jahres in das europäische Währungssystem zurückzuführen, was nach Expertenberechnungen Haushaltskürzungen von mindestens 50 Milliarden DM voraussetzte – Gelegenheit bieten, Prodi politisch auszuhebeln und anstelle des Ulivo-Konzepts die sozialistische Karte ins Spiel zu bringen. Prodi ist durch eine ebenso ideenschwache wie politisch kraftlose Rest-Popolari-Partei zusätzlich gehandicapt, und er hat, obwohl katholisches Urgestein, auch weiter mit Vorbehalten in wichtigen Teilen der katholischen Hierarchie zu rechnen. Für eine sozialdemokratisch-sozialistische Lösung genehmere Ministerpräsidentenkandidaten (*Maccanico*, der ehemalige sozialistische Ministerpräsident *Giuliano Amato*) stehen heute schon bereit.

Politische Stabilität erst nach Überwindung des bisherigen Parteienstaats

Man sollte aber, was in Bonn bislang geschehen ist, die Kompetenz und den Machtwillen des jetzigen Ministerpräsidenten und dessen Fähigkeit, ein einmal erarbeitetes Konzept durchzutragen, nicht unterschätzen. Er hat vor der Wahl bei der Kandidatenaufstellung durchaus Führungswillen gezeigt: das Kabinett trägt in den klassischen Ressorts (Wirtschaft, Außen-, Europa-, Justizpolitik) seine Handschrift. Er hat in mehreren Interviews, u. a. in dem oben zitierten mit „il regno“, überdeutlich erklärt, er habe das Unternehmen Ulivo nicht gestartet, um dann „glücklich“ die Stafette an irgendeinen anderen weiterzugeben. Es habe sich dabei nie um eine bloß taktische oder Gelegenheitsallianz gehandelt. „Wer, und sei es aus parteipolitischem Kalkül, sich von der getroffenen Entscheidung absetzen wollte, würde gegenüber dem Land große Verantwortung auf sich laden und selbst einer schweren Niederlage entgegengehen.“ Und Prodi kann, soviel er seinen Koalitionspartnern, der Gruppe um *Lamberto Dini*, wie dem PDS als erster Kraft, auch verdankt, immerhin für sich in Anspruch nehmen, daß für den Sieg vom 21. April nicht die einzelnen Parteien, sondern der Ulivo als angestrebte Regierungsformation den Ausschlag gegeben hat.

Das Schicksal Prodis wird sich vor allem daran entscheiden, wie weit seine Regierung Eigengewicht gegenüber den sie stützenden Parteien gewinnen und das gewonnene Gewicht auch behaupten kann, soweit das unter den Bedingungen des in Italien noch geltenden Systems, das dem Ministerpräsidenten im Kabinett nur eine Rolle als *Primus inter pares* zuerkennt, überhaupt möglich ist. Schon die Auseinandersetzungen um den nächsten, von der Regierung Dini er-

erbten Nachtragshaushalt könnten die Probe aufs Exempel werden.

Zu dauerhafter politischer Stabilität wird Italien, ob künftig in einem Präsidential- oder in einem parlamentarischen System mit gestärktem Regierungschef, erst finden, wenn der herkömmliche Parteienstaat überwunden ist. Am PDS wird sich entscheiden, ob es soweit kommt und ob er als historische Linke Italiens bereit ist, über sich selbst hinauszuwachsen oder ob die alten Parteihändler nur in neuen Varianten weitergeführt werden.

Vielleicht hat Staatspräsident Scalfaro mit seiner Verheißung von mehr Stabilität und Normalität zuviel in Aus-

sicht gestellt. Aber ganz ausgeschlossen ist es nicht, daß die jetzige Koalition sogar über die laufende Legislaturperiode hinaus Bestand hat, daß Italien durch eine konsequente Schuldenbegrenzungs- und Privatisierungspolitik neben wirtschaftlicher auch zu mehr politischer Stabilität findet, durch eine konsequente Regionalisierungspolitik sogar mehr Ausgeglichenheit zwischen Nord und Süd schaffen kann, damit der Lega ihr secessionistisches Spielzeug aus der Hand zu schlagen vermag und so auch für Europa, das Italien wegen der schwierigen europäischen Südflanke mehr denn je braucht, zu einem über den Tag hinaus kalkulierbaren Partner wird.

Andrea Dallago

„Hin zur Bürgergesellschaft“

Ein Gespräch mit Oberstadtdirektor Konrad Deufel

Wie können Städte angesichts finanzieller und sozialer Zwänge heute Lebensraum für ihre Bürger sein? Gibt es noch so etwas wie Bürgersinn? Geht es in den Verwaltungen zu unflexibel und bürokratisch zu, und kann sich das Gemeinwohl noch gegen Gruppeninteressen durchsetzen? Darüber sprachen wir mit dem Oberstadtdirektor von Hildesheim, Konrad Deufel. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Dr. Deufel, in den Städten regiert derzeit überall der Rotstift, die Krise der öffentlichen Haushalte schlägt gerade auch bei ihnen massiv durch. Aber kann der Zwang zum Sparen nicht auch insofern eine Chance sein, als er dazu veranlassen könnte, neu über die Aufgaben einer Stadt und über die kommunalen Prioritäten nachzudenken und entsprechende Reformen in die Wege zu leiten?

Deufel: Die Formel, daß in jeder Krise eine Chance steckt, daß Krisen auch Herausforderungen zu Reformen bedeuten, ist in dieser Allgemeinheit sicher richtig. Aber im Blick auf die gegenwärtige Lage der Städte, Gemeinden und Kreise stimmt sie nur teilweise. Natürlich befinden wir uns in der Bundesrepublik insgesamt in einer Umbruchsituation, bedingt durch internationale Einflüsse, aber auch durch die Folgen der deutschen Einheit, die wir nicht nur mitfinanzieren müssen, sondern auch wollen. Sicher müssen sich die Städte heute auch darüber Gedanken machen, was sie noch leisten können, bzw. ob sie das, was sie tun, nicht auch in anderer Weise oder durch andere tun könnten. Nur müssen die Städte und Gemeinden auch sicher sein, daß die ihnen übergeordneten politischen Ebenen die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung in diesem Veränderungsprozeß akzeptieren und respektieren.

HK: Aber ist die kommunale Selbstverwaltung nicht längst de facto ausgehöhlt, entspricht die Wirklichkeit noch dem Idealbild einer ihre eigenen Angelegenheiten selbständig regelnden Stadt?

Deufel: Kommunale Selbstverwaltung darf nicht zu einem Transparent werden, das man feierlich an Festtagen vor sich herträgt, mit dem man aber im Alltag nichts mehr Rechtes anfangen kann. Der Sache nach bedeutet kommunale Selbstverwaltung das Recht der Bürgerinnen und Bürger, das Schicksal und das Bild ihrer Städte selbstverantwortlich zu gestalten, nicht Wurmfortsatz irgendwelcher anderer Verwaltungsebenen zu sein. Die einzige Linie in der deutschen Geschichte, die durchgängig Freiheitsgeschichte war, ist doch die Geschichte der Städte. Das Leben hat sich vor allem in den Städten abgespielt und auch heute sind die Städte in vieler Hinsicht entscheidend: Dort lebt die Mehrzahl der Bundesbürger, dort begegnen sich die Menschen, treten die Konflikte auf, müssen die Probleme des Zusammenlebens gelöst werden, dort geht es um sozialen Frieden oder Unfrieden, dort wird im wesentlichen unser Brutto-sozialprodukt erwirtschaftet. Es geht hier um kostbare Schätze aus unserer Geschichte, um ein Erbe, das auch in den Veränderungsprozessen und politischen Zwängen unserer Zeit nicht zur Disposition stehen darf. Ein großes strukturelles Problem besteht sicher darin, daß im Bund zwar die Länder vertreten sind, nicht aber die kommunale Ebene. Nach unserem Verfassungssystem sind die Städte und Gemeinden Teil der Länder und werden auch von diesen im Bund vertreten. Aber oft werden Vereinbarungen, die auf Bundesebene zugunsten der Gemeinden getroffen werden, von manchen Ländern dann nicht umgesetzt.